Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970

Veranstalter: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Datum, Ort: 30.01.2008-31.01.2008, Berlin

Bericht von: Jörg Später, Universität Freiburg

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft unterstützte während des Dritten Reiches Arbeiten des SS-Ahnenerbes und förderte „Grundlagenforschung“ für die NS-Erbgesundheitspolitik wie die Begleitforschung zum „Generalplan Ost“. Sie ermöglichte mörderische Humanexperimente in Konzentrationslagern, so etwa die Sterilisationsexperimente von Carl Clauberg und die Zwillingsuntersuchungen von Josef Mengele in Auschwitz. Auch der Kriminalbiologe Robert Ritter, der im Auftrag von Reichsgesundheitsamt und Reichskriminalpolizei „Asoziale“ und „Zigeuner“ untersuchte und deren Deportation nach Auschwitz vorbereitete, zählte zu den Beihilfeempfängern der DFG. Der Reichsforschungsrat schließlich finanzierte kriegs- und rüstungsrelevante Forschung in einem verbrecherischen Angriffskrieg, zu dem konstitutiv Kriegsverbrechen und so genannte „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gehörten. Um diese dunklen Flecken der Vergangenheit zu „bewältigen“, hatte die DFG wie zuvor eine Reihe von Großunternehmen im Jahr 2001 eine unabhängige Forschungsgruppe unter der Leitung von RÜDIGER VOM BRUCH und ULRICH HERBERT eingesetzt.¹ Die Ergebnisse der 20 Einzelstudien wurden nun, am 30. Januar 2008, der Öffentlichkeit auf einer wissenschaftlichen Konferenz im Berliner Harnack-Haus vorgestellt.²

¹ Vgl. www.histsem.uni-freiburg.de/DFG-Geschichte.

² Bislang sind drei Sammelbände und drei Monographien im Franz-Steiner-Verlag erschienen, und zwar in der Reihe „Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft“: Heinemann, Isabel; Wagner, Patrick (Hrsg.), *Wissenschaft – Planung – Vertreibung. Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2006; Eckart, Wolfgang U. (Hrsg.), *Man, Medicine and the State. The Human Body as an Object of Government Sponsored Medical Research in the 20th Century*, Stuttgart 2006; Zimmermann, Michael (Hrsg.), *Zwischen Erziehung und Vernichtung. Zigeunerpolitik und Zigeunerforschung im Europa des 20. Jahrhunderts*; in der Reihe „Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ sind bislang erschienen: Unger, Corinna R., *Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945-1975*, Stuttgart 2007; Cottebrune, Anne, *Der planbare Mensch. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die menschliche Vererbungswissenschaft, 1920-1970*, Stuttgart 2008; Flachowsky, Sören, *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat.*

„Ab 1933 setzte sich auch die DFG und die von ihr geförderte Klientel rückhaltlos für die Ziele des NS-Regimes ein“, lautete das wenig überraschende Ergebnis der Forschungsgruppe. Der DFG-Präsident MATTHIAS KLEINER sprach von einer „wahrhaft unbequemen Wahrheit“ und bedauerte „wie rückhaltlos sich auch die größte deutsche Forschungsfördererorganisation und die von ihr geförderten Wissenschaftler nach 1933 in den Dienst des Unrechtsregimes stellten“. Kleiner sprach von einem „prekären Verhältnis auf Gegenseitigkeit“. Mit diesem Bekenntnis zur Mitschuld der deutschen Wissenschaft an den NS-Gräueln am Jahrestag der Machtübernahme Adolf Hitlers war den politischen Anforderungen der Öffentlichkeit Genüge getan. Die Tagung selbst war, wie die Anlage des gesamten Forschungsprojektes, nicht allein an der NS-Geschichte interessiert, sondern an weitergehenden Fragestellungen.

So wurde der Untersuchungszeitraum von jenen zwölf Jahren – sozusagen ein verlängerter SFB – auf 50 Jahre, von 1920 bis 1970, ausgedehnt, schon um, wie es ULRICH HERBERT in der Begrüßung ausdrückte, das Selbstbild des deutschen Professors zu hinterfragen: Die Hitlers kommen und gehen, die Normalforschung aber bleibt bestehen. Damit verbunden ist sicherlich eine, wie es REINHARD RÜRUP am Ende der Tagung in einem Kommentar festhielt, „fortgeschrittene Historisierung des Nationalsozialismus“. Die Zeitgeschichte ist also in eine postmoralische Phase eingetreten – hat die politische Moral aufgenommen und verinnerlicht, tritt aber inzwischen über ihren Bannkreis hinaus. Sie ist nicht mehr auf der Suche nach Schuldigen, sondern analysiert an den Kontext gebundene, von Kontinuität und Wandel bestimmte Denkstile. Eine solche postmoralische Perspektive auf die Geschichte der deutschen Wissenschaft von 1920 bis 1970 – das sollte die Tagung zeigen – war allerdings keineswegs stilbildend für die gesamte DFG-Forschungsgruppe.

Diese stellte ihre Ergebnisse in vier Panels vor: erstens die DFG als Forschungsgegenstand und Institution, zweitens Natur- und Technikwissenschaften, drittens Medizin- und Biowissenschaften sowie viertens Geistes- und Sozialwissenschaften. Dabei wurden die Einzelprojekte synthetisiert präsentiert. In der ersten Sektion reflektierte vom Bruch das Verhältnis von Wissenschaftswandel und politischen Umbrüchen. Die Forschungs-

Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg, Stuttgart 2008.

gruppe habe nicht so sehr die Institution als solche, sondern Forschungsaktivitäten, den sozialen Raum wissenschaftlicher Netzwerke und die deutsche Wissenschaftskultur insgesamt im Blick gehabt. Er kam für die Zeit des Dritten Reiches zu dem Schluss, dass das NS-Regime weder wissenschaftsfeindlich war noch die Wissenschaftler einfach normal weiterarbeiteten. Die DFG habe ihre gewohnte Selbstverwaltung und -steuerung verloren und sich staatlichem Dirigismus beugen müssen. Dabei habe sie sich infolge bereits in der Weimarer Republik prägnanter nationalistischer, völkischer und autarkieorientierter Dispositionen des Führungspersonals als „anschiemigsam“ erwiesen.

Nach 1945 habe die DFG trotz der „Wagenburg von Ordinarien“ eine Imitations- und Aufholphase durch Pluralisierung, Internationalisierung und Bündelung der Wissenschaft begleitet und unterstützt. Während jeder dieser Phasen sei die „amerikanische Herausforderung“ und die Gefahr wissenschaftlicher Provinzialität eine Matrix von Wissenschaft und Wissenschaftspolitik gewesen. BERND A. RUSINEK, der eine Biographie des Physikers und DFG-Vizepräsidenten Walther Gerlach schreibt, beschrieb den Trotz des „Reservats der Ordinarien“ angesichts der gefühlten Rückständigkeit als die Illusion, eine Universität wiederzuerrichten, die es nie gegeben habe. Der „Niedergang deutscher Wissenschaft“, dem jüngst mit der Exzellenzinitiative entgegengetreten wurde, war denn auch Fokus der wenig kontroversen Diskussion – und sollte es auch in den folgenden Panels bleiben.

Im zweiten Teil stellte HELMUTH TRISCHLER zentrale Entwicklungen der Natur- und Technikwissenschaften vor. Gerade in diesen Forschungsbereichen sei das Motiv des „Aufholens“ infolge der Kontinuität der Theoriebildung zentral gewesen, vor allem in der Informatik und der Polymerforschung – und das, obwohl oder weil gerade in Letzterer Kurt Tucholskys Bonmot von der „IG Wissenschaft“, also einem Commonsense von Industrie und Hochschulwissenschaft, als eine durchaus treffende Beschreibung zu betrachten sei. Das vormoderne autoritäre Wissenschaftsverständnis sei infolge der Orientierung auf Wirtschaft und Politik, und nicht der Öffentlichkeit, entstanden. Nachdem der Kommentator MORITZ EPPLE moralorientiert kritisiert hatte, es habe in der Natur- und Technikwissenschaft während des Nationalsozialismus kein Anzeichen der Resistenz gegenüber einem Staat gegeben, der auf Tech-

nik und Wissenschaft angewiesen war, zeigte sich, dass die postmoralische Perspektive nicht von allen Forschern verinnerlicht worden ist.

PAUL ERKER, der über die Chemische Forschung und über den Fachspartenleiter Chemie im Reichsforschungsrat Peter Adolph Thiessen arbeitet, meinte, für die Wissenschaftler sei der verbrecherische Gebrauch ihrer Forschungsprodukte nicht erkennbar gewesen: „Warum hätten sie sich angesichts der Anreize wehren sollen?“ Thiessens Giftgasforschung dürfe man nicht negativ überbewerten. Als Wissenschaftler sei man quasi „automatisch“ in Verbrechen hineingezogen worden. Infolge solcher Auffassungen vom quasi unpolitischen und ideologiefreien Charakter von Wissenschaft entfalten sich nun die in der ersten Sektion vermissten Kontroversen über die Militarisierung der Forschung, die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler und der problematischen Unterscheidung zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung.

Die Frage, ob es so etwas wie eine nationalsozialistische Maschinenbau- oder Blindarmoperation gebe, beschäftigte auch die dritte Sitzung. In seinem Überblick über die Medizin betonte WOLFGANG U. ECKART, die medizinische Forschung sei nicht Ausdruck einer anthropologischen Caritas für das kranke Subjekt, sondern stets in seine gesellschaftlichen Kontexte eingebettet. Gerade das vermeintlich Unpolitische mache Medizin so politisierbar. Eckart interessierte sich insbesondere für die Frage nach der Modernisierung und Modernität der Medizin im Nationalsozialismus. Das Adjektiv „modern“ wollte er dabei von seiner normativen Dimension getrennt verwendet sehen, im Sinne eines totalitären modernen Rassestaates und der Utopie einer leistungsstarken rassehygienischen Gesellschaft. In der Diskussion empfahl Ulrich Herbert dagegen, von einer „alternativen Moderne“ (bzw., nimmt man die Sowjetunion hinzu, von deren zwei) zur bürgerlichen Gesellschaft und zum Kapitalismus zu sprechen und analytisch zu nutzen. So komme man den Faszinationen der Wissenschaftler und Intellektuellen eher auf die Spur, die sich angesichts der vom NS-Regime scheinbar eröffneten Möglichkeiten ergaben, mit den Missliebigkeiten der Moderne fertig zu werden, „und zwar schnell fertig zu werden“.

Hinsichtlich der Biowissenschaften konstatierte BETTINA WAHRIG die Institutionalisierung von Biopolitik als „Beitrag der DFG“. Die Biopolitisierung der Lebenswissenschaften habe im

Nationalsozialismus die „Hygienepolitik“ für den „Volkskörper“, eine „hormonelle Bevölkerungspolitik“ und Leistungsoptimierung der Rassegesellschaft und die Vertreibung „fremdvölkischer“ Wissenschaftler vorangetrieben und gestützt. Auch Wahrig machte darauf aufmerksam, dass diese Nationalisierung oder Nationalsozialisierung der Biowissenschaften von einer Rückstandssemantik begleitet wurde. Aus Notstand und Mangel sollte während des gesamten überblickten Zeitraumes von 50 Jahren Leistung und Effizienz erwachsen. In den 1960er-Jahren sei infolge der Hinwendung zu molekularer Biologie, Kybernetik und Strahlenbiologie, der „Weg vom Bio- zum Risikowissenschaftler“ beschritten worden. Was dies zu bedeuten hat, konnte auf dem Podium allerdings niemand erläutern, allenfalls dass es sich nicht um eine Kreuzung von Michel Foucault und Ulrich Beck handele.

Diese Sektion setzte den Kontrapunkt zu den politisch-moralisch indifferenten Tönen aus der „Technikgruppe“. In ihrem Kommentar ging es JOHANNA BLEKER explizit um die Entmythifizierung von Wissenschaft: Nicht als Fortschritt von Wissen und Glück, sondern als profanes Menschenwerk müsse Wissenschaftsgeschichte geschrieben werden. Sie kritisierte die Rede vom „Missbrauch“ der Wissenschaften, so als habe die Wissenschaft bei guter Absicht und richtigem Gebrauch nichts mit ihrer schmutzigen Umwelt zu tun. Nicht den Menschenrechten, sondern dem Gebot der Effizienz sei die Wissenschaft im nationalsozialistischen Deutschland gefolgt. Die DFG habe sich dabei als Agentin zwischen Wissenschaft, Politik und Industrie profiliert.

MARION HULVERSCHEIDT, die über die Tropenmedizin geforscht hat, sprach hinsichtlich der Beteiligung an Verbrechen von „Wisserschaft“ statt „Mitwisserschaft“. Die für die „Biologisierung des Sozialen“ sensibilisierten Erforscher von Medizin und Biowissenschaften waren in ihren Urteilen mitunter sehr scharf und offensichtlich zu einem postmoralischen Perspektivwechsel, der anstelle der Verbrechenaufklärung längerfristige strukturelle Bedingungen, mikrohistorische Alltagspraktiken oder eine historische Verortung in den Vordergrund schiebt, emotional (noch) nicht bereit. Neben den postmoralischen Erkenntnisfragen des Gesamtprojektes existierten somit innerhalb der Forschungsgruppe sowohl prämorale, technikverliebte und die deutschen Wissenschaftler verstehende, als auch moralische, die Täter

überführende und verurteilende Perspektiven.

Über die Rolle der DFG in den Geistes- und Sozialwissenschaften sprach schließlich PATRICK WAGNER. Er bestimmte sie in der Beeinflussung der Konkurrenzbedingungen und des Filters oder Verstärkers von Trends und Tendenzen, die aus den wissenschaftlichen Disziplinen kamen. Die DFG sei somit eher eine „Arena als eine Triebkraft“ von Denkstilen und Denkwängen, und zwar sowohl hinsichtlich der zunehmenden Verengung auf den völkischen Nationalismus zwischen 1920 und 1945 als auch in Bezug auf den Wandel vom „Volk“ zur „Gesellschaft“ als Leitbegriffe nach 1945. Insgesamt habe auch vor 1945 trotz aller Orientierung an Gestalt, Geist und Gemeinschaft und dem Bemühen um die „Wiederherstellung eines unverfälschten Deutschtums“ in den Geistes- und Sozialwissenschaften weniger Konsens und Corporate Identity geherrscht als in den Naturwissenschaften. In der „Bewachung der Außengrenzen“, also der wissenschaftlichen Qualitätssicherung“, habe die DFG nicht nur unkonventionelle akademische Außenseiter, sondern auch völkische und nationalsozialistische Dilettanten außen vor zu halten versucht. Im Unterschied zu den anderen Wissenschaftsbereichen, gab es laut Wagner in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht das Gefühl des Rückstandes gegenüber den USA. Im Gegenteil: Den Amerikanern bescheinigte man „viel Apparat, wenig selbständiges Denken“. Die deutsche Wissenschaftskultur sei dagegen von einem „ganzheitlichen Wissenschaftsverständnis“ inspiriert. Neben der Not war somit auch die Hybris „deutschen Geistes“ Grund eines spezifisch deutschen Wissenschaftssystems.

Mit diesem das Gesamtprojekt repräsentierendem Referat stand die Konzeption insgesamt zur Diskussion. Manche (wie Benno Müller-Hill) vermissten, dass Schuld und Verbrechen zu kurz kämen, vor allem die Entlassung und Vertreibung jüdischer Gelehrter und Wissenschaftler. Andere (wie Friedrich Wilhelm Graf) forderten, man müsse noch konsequenter von den politisch-moralischen Fragestellungen weg und sich für Langzeitperspektiven interessieren. Die einen (wie Winfried Schulze) kritisierten, die Fragestellung sei mit dem Blick auf die DFG zu eng, andere (wie Reinhard Rürup) vermissten eine gezielte Konzentration auf die Wissenschaftspolitik und -förderung der DFG. Manche verlangten schließlich mehr Gender, manche eine andere Auswahl der herangezogenen Fächer. Die Kritik des „zu

viel und zu wenig zugleich“ lässt jedoch vermuten, dass hier durchaus der richtige Weg beschritten worden ist.

In der Langzeitperspektive, dies zeigten Herbert und Rürup zum Schluss, könne nämlich verdeutlicht werden, wie tief der Sturz, die Not und die Rückstandsneurose deutscher Wissenschaft war und wie sie sich daraufhin um eine radikale nationalistische Wissenschaft bemühte, die sie letztendlich für den Nationalsozialismus empfänglich machte. „Eine fast alltägliche Geschichte“ von Besitzstandswahrung und Gleichschaltung, Ausschaltung Unerwünschter und Loyalität, Verantwortung und Privilegien, kurzum einer Nutznießerschaft, die im Verbrechen endete, wollte Rürup beobachtet haben. Nach 1945, so Herbert, habe es weder personell noch konzeptionell einen Bruch gegeben, da nur ein enger Bereich als spezifisch nationalsozialistisch gegolten habe. Erst Ende der 1950er-Jahre sei die westdeutsche Wissenschaft wieder in die internationale Forschung eingegliedert worden und habe sich pluralisiert, wenngleich die DFG noch einige Zeit ein „Rehazentrum“ für Nationalisten geblieben sei.

Die „entschiedene Historisierung“ des Nationalsozialismus hat sich insofern gelohnt, dass vor allem die Ausrichtung auf nationale - nicht unbedingt, aber auch nationalsozialistische - Interessen und ideologische Definitionen dieser Interessen eine spezifisch deutsche Wissenschaftskultur hat sichtbar werden lassen. Der Nationalsozialismus, in dem die „fast alltägliche Geschichte“ in Barbarei umgeschlagen ist, wird dadurch nicht eingeebnet, sondern konturiert. Hjalmar Schacht hat einmal beteuert, es gebe keine nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, so wie es keine nationalsozialistische Blinddarmoperation gebe (sondern nur eine gute oder schlechte). Unter den Vorzeichen von Rassepolitik und Rassehygiene gab es jedoch in der Tat eine nationalsozialistische Blinddarmoperation.

Die Opferperspektive ist allerdings in dem Projekt nicht wirklich zum Tragen gekommen. Vielleicht liegt es daran, dass die DFG selbst niemanden vertrieben hat, sondern „lediglich“ jüdische Wissenschaftler mittels Stipendienentzug ausgegrenzt hat. Vielleicht ist das „Wahrnehmungsvakuum“ (Hans-Jörg Rheinberger) aber möglicherweise eine Folge der Historisierung, wie Saul Friedländer es vor gut 20 Jahren befürchtet hat. Denn die Erfahrung der Exklusion, Demütigung und Existenzzerstörung, der Vertreibung und wo-

möglich Ermordung, die allen Opfern voran jüdische Wissenschaftler erleben mussten, wird weder in der Geschichte des Reichsforschungsrates, noch der Luftfahrt-medizinischen Forschung, noch des Atlas der deutschen Volkskunde, noch der Computer-Wissenschaft und Wirkstoffforschung eine tragende Rolle spielen. Somit hätte es doch eines Buches über die Vertreibung jüdischer Wissenschaftler bedurft – und diese Geschichte hätte vermutlich bis auf einige Rekurse auf die Vorzeit an jenem 30. Januar 1933 begonnen.

Konferenzübersicht:

Rüdiger vom Bruch/Ulrich Herbert: Begrüßung
Matthias Kleiner: Grußwort
Rüdiger vom Bruch: Die DFG als Forschungsgegenstand und als Institution
Kommentar: Mitchell G. Ash
Helmuth Trischler: Natur- und Technikwissenschaften
Kommentar: Moritz Epple
Wolfgang Eckart und Bettina Wahrig: Medizingeschichte und Biowissenschaften
Kommentar: Johanna Bleker

Patrick Wagner: Geistes- und Sozialwissenschaften

Kommentar: Winfried Schulze

Ulrich Herbert: Abschlussdiskussion: Fachübergreifende Fragen

Kommentar: Reinhard Rürup

Anmerkungen:

Tagungsbericht *Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920-1970*. 30.01.2008-31.01.2008, Berlin. In: H-Soz-u-Kult 08.03.2008.